

## Merkel verspricht weitere Förderung für Elektroautos

Die Bundesregierung will die Autofahrer massenhaft zum Umsteigen bewegen. 400 neue Elektroladesäulen an den Autobahnen werden dazu nicht ausreichen. Merkel stellt neue Anreize in Aussicht.

mas. BERLIN, 15. Juni. Die Bundesregierung plant noch für dieses Jahr zusätzliche Anreize für den Kauf von Elektroautos noch in diesem Jahr. Deutschland werde „um eine weitergehende Förderung nicht herumkommen, obwohl wir schon einiges gemacht haben“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Montag auf einer großen Fachkonferenz. Die Elektromobilität habe bei den europäischen Nachbarländern nur mit staatlicher Förderung einen Sprung in der Verbreitung gemacht. Die Bundesregierung werde alle Instrumente der Förderung noch einmal studieren, aber sie nehme die Botschaft mit: „Man erwartet von uns noch in diesem Jahr eine Antwort, und wir werden uns Mühe geben.“ Die CDU-Politikerin wies darauf hin, dass steuerliche Maßnahmen immer das Einverständnis von Bund und Ländern erfordern.

Die Bundesregierung hält somit an ihrem Ziel fest, dass im Jahr 2020 eine Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen leise summen werden. Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) zeigte sich auf der Fachkonferenz als Berufsoptimist. „Natürlich sind das ambitionierte Ziele“, sagte der CSU-Politiker. Aber wer unambitioniert an die Arbeit gehe, werde nicht erfolgreich sein. „Ich glaube übrigens, dass wir dieses Ziel erreichen können“, fügte er hinzu.

Zurückhaltender zeigte sich Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD). Man müsse aufpassen, dass man nicht durch das beständige Wiederholen „von nicht erreichbaren Zielen am Ende sich und das Projekt lächerlich macht“, sagte der Vizekanzler. Doch auch der SPD-Politiker sprach sich dagegen aus, das Ziel zurückzunehmen. Besser sei es, sich noch etwas einzufallen zu lassen, um es zumindest annähernd zu erreichen. „Wir brauchen geeignete Marktanzreize, um mehr Elektroautos auf die Straße zu bringen.“ Die von der Industrie geforderte Sonderabschreibung für Firmenfahrzeuge sei ein Modell, ein Beschaffungsprogramm für Elektroautos als Dienstfahrzeuge im öf-



Elektropfingel in Berlin mit Kanzlerin Angela Merkel: Nicht alle schwelgen in Optimismus.

Foto dpa

fentlichen Dienst von Bund, Ländern und Gemeinden ein anderes. „Vielleicht braucht man beide.“

Anfang 2015 gab es nach Zahlen des Verbands der Automobilindustrie (VDA) bundesweit erst 25 300 E-Autos. Aus Sicht der Käufer sind die vergleichsweise hohen Anschaffungskosten abschreckend, hinzu kommt die nach wie eingeschränkte Mobilität. Es gibt nicht überall Ladestationen, zudem dauert das „Stromtanken“ recht lange.

Nach Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes wurden im Mai dieses Jahres 574 Elektro-Pkw zugelassen, das entspricht einem Anteil von 0,2 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der zugelassenen E-Autos um 38,5 Prozent. Der Verkauf der Steckdosenhybriden, deren Akkumulator zusätzlich über das Stromnetz gela-

den wird, betrug nach Angaben des Bundesamtes 1054 Einheiten, er war damit um 97 Prozent höher als im Mai 2014.

Was hat die Bundesregierung bisher getan, ob den Elektroautos Schwung zu verleihen? Bis 2011 gab es 500 Millionen Euro für die Industrie aus dem Konjunkturpaket II. Mit dem Programm Elektromobilität wurden nochmals 1 Milliarde Euro für Projekte im Bereich der Forschung und Entwicklung (FuE) bis Ende der vergangenen Legislaturperiode bereitgestellt. Im April 2012 gab es vier „Schaufenster Elektromobilität“: Regionale Vorhaben sollten innovative Elemente der Elektromobilität „erfahrbar“ machen. Für das auf drei Jahre angelegte Programm stellte der Bund knapp 180 Millionen Euro zur Verfügung. Im Juni 2015 hat die Bundesregierung abermals Projekte

im Bereich Forschung und Entwicklung als Leuchtturmprojekte ausgewählt und gefördert.

Auch Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) versucht mit Steuervergünstigungen die Autofahrer zum Umsteigen zu bewegen. Ende 2012 wurde das Kraftfahrzeugsteuergesetz geändert, so dass reine Elektroautos, die bis Ende dieses Jahres zugelassen werden, für zehn Jahre von der Steuer verschont werden. Danach gibt es bis Ende 2020 eine Steuerbefreiung für fünf Jahre, das gilt für reine Elektrofahrzeuge aller Fahrzeugklassen. Für Geschäftsautos hat man eine Sonderregel für die Berechnung des geldwerten Vorteils aus der privaten Nutzung eingeführt. So werden die Batteriekosten vom Listenpreis des jeweiligen Fahrzeugs abgezogen.

## Erneuerbare werden der wichtigste Stromlieferant

Energieagentur: Klimaschutzziele reichen nicht

theu. LONDON, 15. Juni. Die Botschaft klingt besser, als sie tatsächlich ist: Bis zum Jahr 2030 werden erneuerbare Energien wie die Solartechnik, Wind- und Wasserkraft voraussichtlich wichtigster Lieferant von elektrischem Strom auf der Welt sein – und damit die bisher dominierende, besonders klimaschädliche Kohle ablösen. Doch die Internationale Energieagentur (IEA), von der die neue Prognose stammt, warnt zugleich, dass dieser Großumbau im Energiesektor nicht ausreichen werde, um den befürchteten Anstieg der weltweiten Temperaturen ausreichend einzudämmen.

Deshalb müssten auf dem mit Spannung erwarteten Klimagipfel der Vereinten Nationen im November in Paris weitergehende Maßnahmen vereinbart werden, forderte die IEA bei der Vorstellung eines neuen Klimaschutz-Aktionsplans am Montag in London. Die internationale Pariser Denkfabrik zählt zu den renommiertesten energiewirtschaftlichen Forschungseinrichtungen der Welt. Die Energieexperten erwarten, dass der Anteil der erneuerbaren Energie an der globalen Stromerzeugung von heute rund einem Fünftel bis 2030 auf annähernd ein Drittel steigen wird, falls die bisher gesteckten nationalen Klimaschutzziele erreicht werden sollten. So haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet, ihre Klimagasemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu verringern. Die Vereinigten Staaten wollen bis 2025 ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß gegenüber 2005 um rund ein Viertel senken.

China, der größte CO<sub>2</sub>-Emitent der Welt, hat im Vorfeld des Pariser Klimagipfels die Absicht bekundet, den Anstieg seiner Klimagasemissionen bis spätestens 2030 zu stoppen.

Doch die Zusagen reichten nicht, warnt die IEA: Die bisherigen nationalen Klimaschutzziele seien zu lax, um den Anstieg der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu stoppen. Wenn es bei den bisherigen Zielen bleibe, werde die Welt bereits im Jahr 2040 ihr gesamtes Budget an Klimagasemissionen aufgezehrt haben, sagte Fatih Birol, der Chefökonom der IEA. Es werde dann praktisch unmöglich werden, den Anstieg der Temperaturen auf

durchschnittlich 2 Grad zu begrenzen. Diese Schwelle wird von Klimaforschern als Grenzwert betrachtet, damit die Folgen des Klimawandels beherrschbar bleiben. „Dann können wir dem Planeten, wie wir ihn bisher kennen, ‚bye-bye‘ sagen“, mahnte Birol.

Was also muss geschehen? Die IEA stellte in London einen Aktionsplan vor, der dafür sorgen soll, dass die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen vom Jahr 2020 an nicht mehr steigen. Dies sei mit der heute vorhandenen Technik möglich. Auch würden dadurch nirgendwo auf der Welt die wirtschaftlichen Aussichten geschmälert, erwartet Birol. In den vergangenen fünfzig Jahren sind die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen dagegen nahezu ununterbrochen gestiegen.

Der jährliche Ausstoß hat sich gegenüber dem Jahr 1965 rund verdreifacht. Im vergangenen Jahr stagnierten die CO<sub>2</sub>-Emissionen zwar weitgehend, doch sei es zu früh, um deshalb eine Trendwende auszurufen, glaubt die IEA. Noch immer gehe wirtschaftliches Wachstum auf Kosten des Klimas: „Der Zusammenhang ist zwar schwächer geworden, aber es gibt ihn weiterhin“, bilanziert Birol.

Der von der IEA vorgeschlagene Aktionsplan, mit dem das Wirtschaftswachstum bis 2020 endgültig vom Weltklima entkoppelt werden soll, sieht fünf Maßnahmen vor: Die Energieexperten raten, für einen effizienteren Energieeinsatz in der Industrie, im Gebäudesektor und im Verkehr zu sorgen. Zweitens müsse in Ländern wie China und Indien der Neubau von Kohlekraftwerken mit primitiver Technik verboten werden.

Drittens müssten die globalen Investitionen in erneuerbare Energien im Kraftwerkssektor von heute rund 270 Milliarden Dollar bis 2030 auf jährlich 400 Milliarden Dollar gesteigert werden. Viertes mahnt die IEA, die heute in vielen Ländern üblichen hohen Subventionen für fossile Brennstoffe bis 2030 stufenweise abzuschaffen. Fünftens müsse die Öl- und Gasindustrie ihre klimaschädlichen Methangas-Emissionen deutlich reduzieren. „Der Zeitdruck ist groß“, sagte Maria van der Hoeven, die Generaldirektorin der IEA. „Denn es wird jedes Jahr schwieriger und teurer, den Klimagasausstoß zu drosseln.“

## Fratzcher: Teil des Geldes sehen wir nicht wieder

DIW-Präsident hält Notkredite für griechische Banken für gefährlich / Sinn skizziert Grexit

ppen. FRANKFURT, 15. Juni. Unabhängig davon, ob Griechenland im Euro-Raum verbleiben wird oder nicht, werden die europäischen Gläubiger einen Teil ihrer Kredite nicht zurückgezahlt bekommen. Das erwartet Marcel Fratzscher, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). „Es ist klar, dass wir einen Teil des Geldes nicht wiedersehen werden“, sagte Fratzscher dieser Zeitung. Es spiele dabei keine Rolle, ob ein „Schuldenschnitt“ stattfinden werde oder die Fristen für die Rückzahlung der Darlehen sehr weit in die Zukunft verschoben würden. „Die zweite Option ist ja quasi auch ein Schuldenschnitt, nur müssten ihn Politiker nicht so nennen“, sagte Fratzscher. Für ausgemacht hält der Wirtschaftsforscher, dass Griechenland auch nach dem Auslaufen des jetzigen Hilfsprogramms weitere finanzielle Hilfen benötigen wird. „Die spannende Frage ist, wie es dann mit Blick auf ein drittes Programm weitergehen wird.“

Trotz der nach wie vor nicht vorankommenden Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und den Gläubigern rechnet der Berliner Ökonom eher mit dem Verbleib Griechenlands im Euro-Raum. „Die Wahrscheinlichkeit eines Grexits steigt zwar weiter. Ich halte einen

Grexit aber trotz der Turbulenzen für eher unwahrscheinlich“, sagte Fratzscher. Der Ausstieg sei die schlechteste Option für alle. Er würde einen noch stärkeren Zusammenbruch der griechischen Wirtschaft und eine humanitäre Katastrophe im Land verursachen. „Auch Deutschland und Europa würden einen hohen wirtschaftlichen und politischen Preis für einen Grexit zahlen“, sagte der Forscher und warnte zugleich vor Anstreichungsgefahren auf den Finanzmärkten. „Ein Vergleich zum Fall Lehman Brothers ist gar nicht so unangebracht“, warnte Fratzscher. Auch die Insolvenz der amerikanischen Investmentbank habe man anfangs für beherrschbar gehalten – dann kam der Dominoeffekt.

Hans-Werner Sinn, der Präsident des Münchener Ifo-Instituts, machte sich dagegen am Montag für die Wiedereinführung der Drachme in Griechenland stark. Dies sei auch „der sozial verträglichste Weg“, sagte Sinn am Montag in Berlin. Er erinnerte daran, dass die Schulden des Landes in den zurückliegenden fünf Jahren von 48 Milliarden Euro auf 330 Milliarden Euro gestiegen seien und die Arbeitslosigkeit im selben Zeitraum von 11 auf 26 Prozent. Sinn erläuterte zudem im Detail, wie ein Grexit organisiert werden könnte – nämlich so,

dass er an einem Wochenende vonstatten gehen könnte. Tarifverträge, Arbeitsverträge und alle sonstigen Verträge müssten innerhalb eines Wochenendes von Euro auf Drachme umgestellt werden. „Die Zahlen bleiben gleich, nur die Währung ändert sich“, sagte Sinn. Am Montagmorgen könne die Drachme dann offizielles Zahlungsmittel sein (auch wenn noch keine neuen Scheine und Münzen verfügbar seien). An den Finanzmärkten komme es dann unmittelbar zur Abwertung der Drachme – Sinn schätzt um etwa 50 Prozent. Mit der billigeren Währung könne das Land dann wieder wettbewerbsfähig werden.

Sehr kritisch äußerte sich DIW-Ökonom Fratzscher unterdessen zu den Notfallkrediten (Ela), die griechische Banken momentan unter Zustimmung des EZB-Rates von der griechischen Notenbank bekommen. Der Rahmen dieser Nothilfen, die nur vorübergehend an grundsätzlich solvente Banken gezahlt werden dürfen, war zuletzt auf 83 Milliarden Euro erweitert worden. „Diese Ela-Hilfen halte ich grundsätzlich für gefährlich“, kritisierte Fratzscher. Über den Kreditkanal würden nicht mehr solvente Institute gestützt. „Die EZB will verständlicherweise nicht den Stecker ziehen und damit eine noch politischere Rolle einnehmen“, sagte Fratzscher.

Im Gespräch: Giampaolo Galli, Wirtschaftsprofessor und Abgeordneter in Italien

## Steuer für Griechenland macht Kosten transparent

Jede Lockerung der Austerität für Griechenland bedeutet mehr Austerität für andere Länder, sagt Giampaolo Galli, Abgeordneter der Demokratischen Partei in Italien. Seine Forderung ist ungewöhnlich.

Professor Galli, warum haben Sie in Italien öffentlich eine Steuer für die Rettung von Griechenland gefordert?

Der Vorschlag einer Steuer für die Kosten der Rettung Griechenlands ist eine Provokation, die klarmachen soll, dass Solidarität mit Griechenland eine schöne Sache sein kann, aber dass sie zugleich auch etwas kostet. In Italien gibt es viele Leute, die sich über eine zu strenge Haltung gegenüber Griechenland beklagen, aber andererseits nicht ihren Geldbeutel öffnen wollen. Wenn sie sich so verhalten, ist es dann wohl richtig, dass Europa vor allem von Griechenland Korrekturen verlangt.

Wie waren die Reaktionen und welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Viele haben negativ auf meinen Vorschlag reagiert, aber die Kritik an einer

Steuer zur Finanzierung der Solidarität für Griechenland offenbart einen Mangel an Konsequenz. Man ist sich nicht im Klaren über die Kosten, die mit Appellen für Hilfe an Griechenland verbunden sind. Es verbreitet sich die Idee, dass es irgendwo ein kostenloses Mittagessen gibt, dass irgendwie Geld vom Mond kommt oder von der Europäischen Zentralbank. Dabei müsste klar sein, dass auch Gelder von der Europäischen Zentralbank am Ende vom Steuerzahler finanziert werden. Jede Lockerung der Austerität für Griechenland bedeutet mehr Austerität für die anderen Länder.

Was sind die Konsequenzen der italienischen Widersprüche zwischen der Einstellung gegen Austerität für Griechenland einerseits und Geiz auf der anderen Seite?

Die Regierung könnte in ernsthafte Schwierigkeiten geraten, wenn im Parlament offen über die Kosten einer Griechenland-Rettung diskutiert würde und die Abgeordneten gegen diese Lasten eine Revolte starten.

Gibt es Bestrebungen, die Lasten der Rettung Griechenlands zu verstecken?

Es gibt doppeldeutige Situationen, doch in solchen Fällen hat bisher in Italien immer das Finanzministerium das letzte Wort gehabt, und dort achtet man auf die Ausgaben. Nun hat Ministerpräsident Matteo Renzi die Sache auf den Punkt gebracht, als er während des G-7-Gipfels sagte, die Italiener hätten ihre Babyrenten abgeschafft, deswegen mache es nun keinen Sinn, dass sie weiterhin den Griechen solche Babyrenten bezahlten.

Was sind die Folgen der Doppeldeutigkeit bei den Kosten der Griechenland-Rettung?

Es gibt viele Versuche, die Kosten der Solidarität für Griechenland zu verschleiern. Doch für Mangel an Transparenz muss man später immer büßen. Zum Beispiel heißt es nun fälschlicherweise, dass die erste Rettung Griechenlands eigentlich nur eine Rettung deutscher und französischer Banken gewesen sei. Daher bin ich dafür, immer gleich eine klare Rechnung aufzustellen und alle Griechenland-Fragen auch im italienischen Parlament zu behandeln, denn das Prinzip heißt „No taxation without representation“ – also keine Besteuerung ohne Zustimmung der Volksvertreter.

Die Fragen stellte Tobias Pillner.

# SOCIETE GENERALE UNSERE KONTINUITÄT FÜR IHRE ZUKUNFT



**SOCIETE GENERALE IN DEUTSCHLAND**

**PRÄSENT SEIT 1886 • CORPORATE & INVESTMENT BANKING • SECURITIES SERVICES • ONLINE BROKERAGE SPECIALISED FINANCING • TRANSACTION BANKING MEHR ALS 3100 MITARBEITER • EIN TEAMGEIST**

[SOCIETEGENERALE.DE](http://SOCIETEGENERALE.DE)

**SOCIETE GENERALE**

**BUILDING TEAM SPIRIT TOGETHER**